

Sehr geehrte Mitmenschen,

Ihre Anregungen und Ihre an mich gerichteten Fragen zeigen mir, dass Sie großes Interesse an offener und sachlicher Politik haben. Dies stärkt meine Hoffnung, dass es wahrheitsliebende und couragierte Mitmenschen gibt, die sachliche Politik für Nideggen mitgestalten wollen.

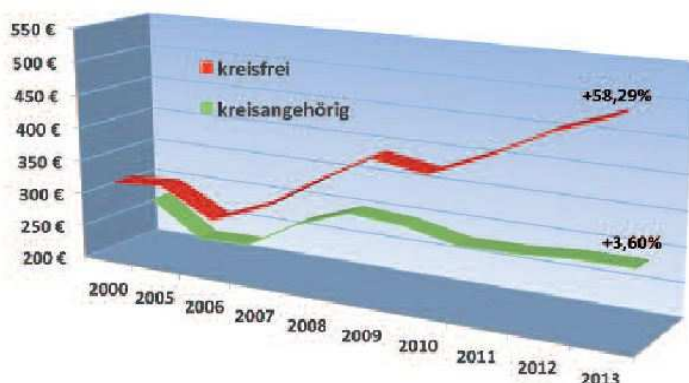
Beharrlich und mit großem Aufwand ist es unserer kleinen Fraktion im Rat unserer Stadt gelungen, Perspektiven aufzuzeigen und einzelne Sachverhalte sachlich aufzuklären oder aufklären zu lassen. Diejenigen, die Aufklärung nicht wünschen, zeigen es durch ihr Verhalten auch in öffentlichen Sitzungen. Denjenigen, die immer aktiv und geduldig zuhören, Aufklärung wünschen und unterstützen, danke ich von ganzem Herzen. Sie zeigen mit ihrer Haltung, dass sie ein gedeihliches Miteinander und Demokratie zum Wohle aller Bürgerinnen und Bürger unserer Stadt wünschen.

Wenn Sie etwas für die Zukunft unserer Stadt bewegen wollen, dann

- erleben Sie in öffentlichen Sitzungen wie und durch wen Ihre Interessen vertreten werden.
- schließen Sie sich einer Partei oder Wählergruppe an, die Ihre Unterstützung und Ihre persönliche Verantwortung wünscht und deren Mitglieder offen sind, für alle sachlichen Argumente.

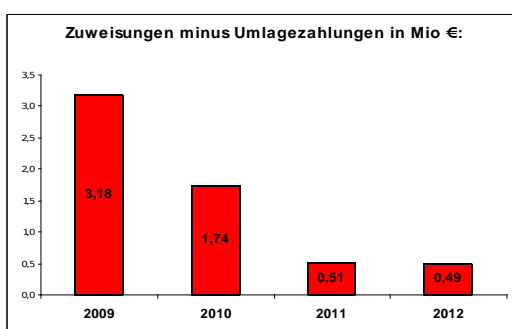
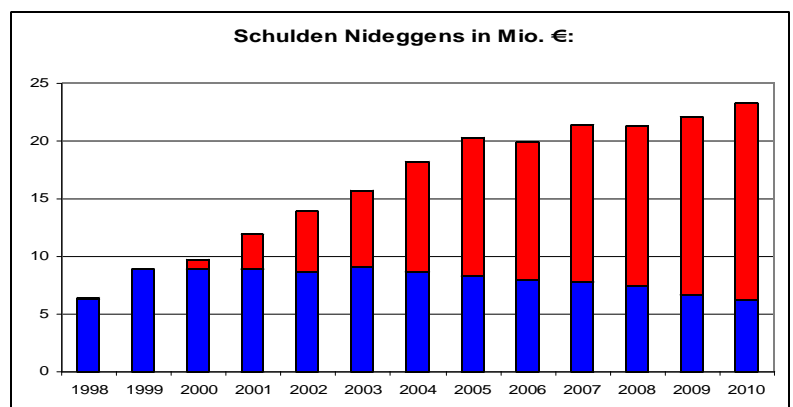
Heinrich Esser

### Was will das Land: Sanieren oder die Flächengemeinden aushungern ?



Seit 2000 wurden die kreisfreien Städte bei der Zuweisung von Landesmitteln durchgehend bevorzugt. Im Zeitraum 2000 bis 2013 sind die durchschnittlichen Schlüsselzuweisungen des Landes pro Einwohner bei den kreisfreien Großstädten von 318 € auf 503 € (+ 58 %) gestiegen. Gleichzeitig stiegen die Zuweisungen im kreisangehörigen Bereich von 272 € auf 281 € (+ 3,6 %). Am deutlichsten ist die Bevorzugung der kreisfreien Städte seit 2009. (Quelle: StGB NRW)

Der Schuldenstand Nideggens für Investitionskredite (blau) für Bauten und Beschaffungen (z.B. Schulzentrum) stieg bis 2000 an. Seitdem wurde der Investitionskredit reduziert. Der wachsende Schuldenberg entstand durch den danach rapide ansteigenden Bedarf an Kassenkrediten (rot) um die nicht gedeckten laufenden Ausgaben zu finanzieren. (Quelle: Stadt Nideggen)



Besonders krass wirkte sich die Änderung der Berechnungsgrundlage zur Verteilung der Schlüsselzuweisungen durch das Land seit 2009 aus. Nach allen Zuweisungen und Umlagezahlungen verfügte die Stadt 2009 noch über **3,2 Mio. €** in 2012 nur noch über **0,5 Mio. €**. (Quelle: Stadt Nideggen) Das Land verteilt seit 2009 mehr Geld an die Kommunen, aber nicht an kleine Flächengemeinden. **Wer in Kenntnis dieser Zahlen den Bürgern unangemessene Steuererhöhungen zumuten will, handelt unverantwortlich.**

## Das "Stärkungspakt-Gesetz"

Das Gesetz verlangt von Nideggen die Vorlage eines Sanierungsplanes. Er muss ab 2016 (mit Stärkungspakthilfe) und ab 2021 (ohne Stärkungspakthilfe) ausgeglichen sein. So stand es von Anfang an im Gesetz. Frau Göckemeyer (anscheinend beraten von Frau Zentis, Grüne, Herrn Klöcker, Unabhängige, und Herrn Keß, SPD) glaubte, der Bezirksregierung etwas anderes einreden zu können. Das musste scheitern. Sie hätte besser am 08.10.12 dem Projektleiter der beratenden Gemeindeprüfungsanstalt zugehört. Er bezeichnete Nideggen als unter den Bedingungen des Stärkungspaktgesetzes vermutlich nicht sanierungsfähig.

## Wie geht es weiter?

Der Rat kann am 09.04.13 einen ausreichenden Sanierungsplan beschließen. Das geht aber nur mit **unvertretbaren** Steuererhöhungen. Wenn gleichzeitig "**Luftnummern**" (Einsparungen oder Einnahmen, die sich nie erzielen lassen) eingeplant werden, lassen sich die Erhöhungen **scheinbar** etwas abmildern. Das rächt sich spätestens bei der jährlichen Überprüfung. Dann müssen die Steuern zusätzlich um die weggebrochenen Luftnummern erhöht werden. Im 2012 vorgelegten Plan standen etliche dieser Luftnummern. Ein Beispiel: 150 T€/Jahr durch die Integration des Schülerspezialverkehrs. Die können wir inzwischen komplett streichen. Diese Integration bringt überhaupt keine Einsparung. Wenn der Rat diesen Plan nicht vorlegt, hat der Innenminister ein Problem. Am 03.03.12 lächelte er noch in die Kameras und erklärte: "Keine Gemeinde soll sich kaputtsparen müssen." In Nideggen erzählte er am 19.09.12, dass eine schwarze Null im Haushalt jede Anstrengung lohnt. Dem Finanzminister hat er das wohl nicht geraten. Seitdem musste er die Verteilung der Stärkungspakt-Gelder ändern (Nideggen erhält nun 740 T€, statt 850 T€ jährlich). Das Land kann zwar einen "Spar-Kommissar" einsetzen, der am Rat vorbei Haushalts-Entscheidungen trifft. Davor schreckt die Landesregierung aber noch zurück und versucht es lieber mit Drohungen.

## Jeder muss wissen:

- **Wenn der Rat einen Sanierungsplan beschließt, billigt er nachträglich das Aushungern der kleinen Flächengemeinden durch das Land und nimmt dem Land die Verantwortung dafür ab. Das wird die MFN-Fraktion nicht tun.**
- **Wenn ein Spar-Kommissar unangemessene Steuererhöhungen festlegt, können Rat und Bürger dagegen klagen - nicht ohne Erfolgsaussicht.**
- **Wenn der Rat unangemessene Steuererhöhungen festlegt, können Bürger dagegen klagen - mit deutlich geringerer Erfolgsaussicht.**

## Vertragszustimmung ohne Vertragskenntnis

Dem Haupt- und Finanzausschuss wurde am **19.03.13** der Straßenbeleuchtungsvertrag (Vertragsbeginn: **01.04.13**) zur Billigung vorgelegt. Die Ausschussmitglieder sollten den Vertrag (31 Seiten) nicht komplett durchlesen sondern nur ganz entspannt durchwinken. Statt der Seiten 18 bis 31 mit den detaillierten Vertragsbestimmungen wurden 6 Seiten Kurzfassung verteilt. Darauf hatte der Vertragsanbieter festgehalten, was **er** für mitteilungsfähig hält. Die Mehrheit stimmte zu. Einem 10 Jahre-Vertrag stimmt ein MFN-Vertreter nicht zu, ohne die Einzelbestimmungen **selbst** zu lesen.

## Der Schulausschuss tagte im Schulzentrum

Wir hatten eine Sondersitzung mit "Schimmel-Flecken-Besichtigung" vor Ort beantragt. Schon der Antrag führte zur nachträglichen Aufnahme der längst fälligen Dachsanierung in den Haushalt 2012. In der gleichen Sitzung hatten von der Raumluft-Problematik Betroffene erstmals Gelegenheit sich in öffentlicher Sitzung zu diesem Thema zu informieren. Sie hätten sich auch dazu äußern dürfen, aber Herr Pörtner, Unabhängige, und 5 weitere Ausschussmitglieder stimmten dagegen.

## Frau Göckemeyer hält Wort

Als Schüler vor dem Rathaus gegen die Auflösung ihrer Schulen demonstrierten, erhielten sie von der Bürgermeisterin das Versprechen "Für Euch ändert sich nichts."

Sie hat ihr Wort gehalten:

- 1 modernes elektronisches Smartboard je Klasse (6.500 €): **Das gibt es nur für Sekundarschüler.**
- Mensa mit Essen-Bestellung im Internet: **Das gibt es nur für Sekundarschüler.**
- Für Haupt- und Realschüler gilt: **"Für Euch ändert sich nichts."**

Für zusätzliche 2 Klassen der Sekundarschule ab Schuljahr 2013/2014 sind 19.000 € eingeplant. Bisher hat Nideggen **0 Cent für die Sekundarschule** erhalten. Die Schulpauschale wurde für 2012 um 4.712 € und für 2013 um 4.361 € gekürzt.